



Das Zeughaus neu denken

Von Mark Liebenberg



«In einem so frühen Stadium der Planungen sollte man sich keine Chancen vergeben. Der Erhalt des Zeughausareals ist möglicherweise eine.»

Bauten übernehmen und dort etwa eine Lernwerkstatt, ein Quartierzentrum, einen neuen Standort für die Reparierbar und einen Mehrzweckraum für Chöre und Theatergruppen und mehr einrichten.

Die Stadt feuerte ob so viel dreistem Vorpreschen umgehend zurück: Die alten Gebäude sollen weg. An der Absicht, dass der Kanton das Gelände dem Erdboden gleichmacht und an die Stadt verkauft, habe sich nichts verändert.

Andererseits, so Baureferentin Katrin Bernath weiter, wolle man nun doch noch einmal prüfen, ob man nicht den riegelförmigen Längsbau, in dem die Dauerausstellungen des Museums untergebracht sind, erhalten und ihn möglicherweise «in die vorgesehenen Raumnutzungen» einbeziehen könne.

Eine Machbarkeitsstudie soll Varianten aufzeigen, wie das Museum erhalten werden könnte. Es wäre freilich ein Rumpfmuseum, denn längst hat die umtriebige Truppe um Martin Huber in den übrigen Gebäuden der ehemaligen Kaserne Räume dazu gemietet und umgenutzt. Man kann vom Museum im

Die Stadt will die Vordere Breite städteplanerisch neu entwickeln. Neuer Wohnraum, Freizeit, Verkehr, bestehende Areale und neue Nutzungen müssen in ein Gesamtkonzept überführt werden. Eine sogenannte Testplanung hat 2019 aufgezeigt, was gut geht, was nicht, was gut ankommt, was gar nicht. Seit drei Jahren herrscht nun praktisch Stillstand, dichter Nebel. Den hat diese Woche ein ehemaliger Artillerieoberst und pensionierter Wirtschaftskapitän mit einigem Lärm durchstoßen.

Das Museum im Zeughaus auf dem gleichnamigen Areal im Zentrum des geplanten neuen Stadtquartiers haben Martin Huber und seine Getreuen in zäher Arbeit und mit einigem finanziellen Einsatz von einem Liebhaberhobby zum schweizweit beachteten Museum für militärhistorische Themen gemacht, das letztes Jahr über 4000 Besucher anlockte, obwohl es keine regulären Öffnungszeiten kennt und keine Angestellten hat. 700 Mitglieder stark ist ein Verein, der die ideellen Ziele des Museums unterstützt, das in mehreren Gebäuden auf dem Zeughausareal eingemietet ist.

Die Stadt müsste zeigen, welcher Mehrwert durch Abriss entsteht

Doch die Stadt will das ganze Areal am liebsten leerfegen. Was an der Stelle entstehen soll? Das bleibt reichlich vage. Wohnraum oder Arbeitsplätze jedenfalls soll es dort keine geben – die Rede ist von einer Art grösserer Allmend und einer Verknüpfung mit Sportfeldern in der Umgebung. Die heute um einen Kasernenhof gruppierten Zeughaus-Gebäude sollen jedenfalls weg, so viel steht für die Stadt fest.

Mit einer gut geölten Kanonade an Ideen ist nun aber Oberst a. D. Huber anlässlich einer Veranstaltung zum 150. Bestehen des Zeughausareals an die Öffentlichkeit getreten und hat eine überraschende Alternative vorgeschlagen. Eine Genossenschaft soll die

Zeughaus halten, was man will. Man kann es belächeln als ein teures Hobby nostalgischer Militärfans. Jedenfalls dürfte unbestritten sein, dass ein solches Museum wohl an keinem anderen Ort besser hinpasst.

Das Zeughaus gehört zur Identität der Vorderen Breite dazu

Unabhängig davon gilt aber, dass das Gebäudeensemble mit dem Kopfbau der Kaserne seit Generationen durchaus ein identitätsstiftendes städtebauliches Element auf der Vorderen Breite ist. Dass frühere Zeughäuser und Kasernenareale auf spannende Weise umgenutzt werden können, zeigen etliche Beispiele, etwa in Zürich (Gessnerallee), Winterthur, Frauenfeld oder Thun.

Wie die Vordere Breite eines fernen Tages aussehen wird, ist heute noch weitgehend offen. Und es ist ein dynamischer Prozess, das zeigen Initiativen, wie jene für einen Stadtpark, die nicht nur das rege Interesse der Bevölkerung an den Zukunftsplänen für die Entwicklung des Quartiers dokumentieren, sondern das Zeug dazu haben, die ursprünglichen Pläne der Stadt zu verbessern. Diese demokratische Mitwirkung hat dafür gesorgt, dass wesentliche Elemente aus der sogenannten Testplanung bereits herausgenommen werden mussten, etwa eine abenteuerliche Verkehrsführung.

In einem so frühen Stadium der Planungen sollte sich die Stadt daher keine Chancen vergeben. Der Erhalt des Zeughauses ist möglicherweise so eine Chance. Die Stadt muss gut erklären, wieso sie sich darauf versteift, in Le-Corbusier-Manier bestehende Siedlungselemente einfach niederzureissen. Es steht auch im Widerspruch zu vergleichbaren Vorhaben, wie der Kammgarn, der Stahlgiesserei, dem SIG-Areal. Wahre Urbanität entsteht oft dort, wo alte Bausubstanz ganz neu genutzt wird. An diesem Punkt könnte man auch im Falle des Zeughausareals ansetzen.

Sieg der Erzkonservativen

Von Rico Steinemann

Der Kulturkampf um das Recht der Frauen auf Abtreibung läuft in Amerika seit Jahrzehnten. Nun scheint es, als würde die konservative Rechte einen Sieg erringen. Am vergangenen Montag veröffentlichte die Nachrichtenseite «Politico» ein internes Dokument des obersten Gerichtshofes, das gehörig Sprengkraft enthält. Es bezeichnet das als «Roe vs. Wade» bekannte, wegweisende Grundsatzurteil von 1973 als «von Anfang an ungeheuerlich falsch». Der Oberste Gerichtshof urteilte damals, dass der Zugang zur Abtreibung das verfassungsmässige Recht jeder Frau ist. Laut «Politico» will die konservative Mehrheit des Obersten Gerichts das Urteil kippen. Der endgültige Entscheid soll im Juni fallen. Wird «Roe vs. Wade» kassiert, kann jeder Bundesstaat künftig selber entscheiden, ob und ab wann Abtreibungen legal oder illegal sind. In 13 Staaten würde die Abtreibung sofort illegal. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die das Rad der Zeit zurückdreht und auch in keiner Weise die öffentliche Meinung in den USA widerspiegelt. Umfragen zufolge unterstützt eine deutliche Mehrheit der US-Bevölkerung das Recht auf Abtreibung. Auf dem Spiel steht nichts weniger als das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in den USA. Sollte das verfassungsmässige Recht der Frauen auf Abtreibung tatsächlich aufgehoben werden, wäre das ein Entscheid von immenser Tragweite, unter dem Abertausende US-Bürgerinnen leiden werden. Ganz besonders jene aus der Unterschicht, die sich eine Reise in einen Staat, der Abtreibungen erlaubt, nicht leisten können. Für Frauen in den USA könnten düstere Zeiten anbrechen. Immerhin: US-Präsident Joe Biden hat bereits angekündigt, dass er mit einem landesweiten Gesetz das Recht auf Abtreibung schützen wolle.

Mon Dieu Coffez zum Muttertag

